

TAGESPOLITIK · KOMMENTARE · AUSLANDSBERICHTE

2/XXI/31

Bonn, den 14. Juli 1966

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

Seite		Zeilen
1	HABIB BOURGUIBA -----	47

Wir begrüßen einen großen Freund
Von Hans-Jürgen Wischnewski, MdB

2 - 3	DIE SORGEN UNSERER STÄDTE -----	87
-------	------------------------------------	----

Ruhrgebiet braucht belebende Spritzen
Es fehlen gesetzliche Voraussetzungen und Geld für Strukturwandel

Von Wilhelm Nieswandt,
Oberbürgermeister der Stadt Essen

4	Wiedervereinigung nicht durch Aufrüstung -----	39
---	---	----

Überraschende Erkenntnisse des Dr. Eugen Gerstenmaier

5	Instinktives -----	65
---	-----------------------	----

Der Bundesfinanzminister und die dänische Minderheit

6	Pompidou steigt in die Arena -----	40
---	---------------------------------------	----

Jetzt schon Wahlstimmung in Frankreich

Von unserem Korrespondenten in Paris, Georg Scheuer

+ +

HABIB BOURGUIBA

Wir begrüßen einen großen Freund

Von Hans-Jürgen Wischniewski, MdB

Die Bundesrepublik Deutschland erwartet den Staatsbesuch des Präsidenten der Republik Tunesien, Habib Bourguiba. Über diesen Staatsbesuch herrscht überall ganz besondere Freude: Staatspräsident Bourguiba ist in der Bundesrepublik Deutschland herzlich willkommen!

Vor wenigen Wochen hat Tunesien das zehnjährige Jubiläum seiner Unabhängigkeit begehen können. Staatspräsident Bourguiba hat sein Land in die Unabhängigkeit geführt und auch danach seine Geschicke gestaltet. Die innerpolitischen Verhältnisse sind äußerst stabil, in der Weltpolitik hat sich Tunesien in der kurzen Zeit einen wichtigen Platz erarbeitet. Die dynamische Kraft des Präsidenten und seine Klugheit haben dem tunesischen Volk geholfen, auch über manche schwierige Situation hinwegzukommen.

Das Verhältnis zwischen unseren beiden Ländern ist seit dem Bestehen diplomatischer Beziehungen außerordentlich gut. Tunesien hat sich immer zum Selbstbestimmungsrecht des deutschen Volkes bekannt. Tunesien hat im vergangenen Jahr trotz größter Schwierigkeiten mit einem Teil der anderen arabischen Länder die diplomatischen Beziehungen zur Bundesrepublik nicht abgetrocknet. Es hat für unsere schwierige Situation ganz besonderes Verständnis aufgebracht. Staatspräsident Bourguiba wird auch Berlin besuchen.

Manchmal hat man leider den Eindruck, als würde all das in der Bundesrepublik als zu selbstverständlich hingenommen.

Die Hilfe der Bundesrepublik Deutschland für Tunesien ist voll und ganz gerechtfertigt und muß fortgesetzt werden. Wer wie ich die Möglichkeit hätte, zehn Jahre lang Jahr für Jahr die Entwicklung dieses Landes zu verfolgen, der weiß, daß sich hier entwicklungspolitische Fortschritte zeigen, wie kaum in einem anderen Land. Die Bundesregierung sei bei dieser Gelegenheit an den vor allen Fraktionen des Bundestages getragenen Grundsatz erinnert: "Den Freunden ist zuerst und in besonderem Maße zu helfen."

Das Verhältnis Tunesien zur Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft ist für dieses Land von ganz besonderer Bedeutung. Bei Abschluß der Römischen Verträge wurde von den sechs Unterzeichnerstaaten eine Ablichtserklärung auch in Bezug auf die Assoziation Tunesiens abgegeben. Geschehen ist bisher leider so gut wie nichts. Die Bundesregierung sollte das Bemühen Tunesiens um ein enges Verhältnis zur Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft mit aller Kraft unterstützen.

Die Bundesrepublik Deutschland kann und will den Platz Frankreichs in Tunesien nicht einnehmen. Das Verhältnis zwischen Frankreich und Tunesien war eine Zeit lang getrübt. Wir freuen uns, daß sich gerade in diesen Tagen deutliche Verbesserungen abzeichnen. Das liegt im Interesse beider Länder, aber auch im Interesse der ganzen westlichen Welt.

Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands begrüßt in Habib Bourguiba auch den Präsidenten der "Sozialistischen Destour Partei", mit der sich die SPD seit vielen Jahren in Freundschaft verbunden fühlt.

DIE SORGEN UNSERER STÄDTE

Ruhrgebiet braucht belebende Spritzen

Es fehlen gesetzliche Voraussetzungen und Geld für Strukturwandel

Von Wilhelm Nieswaadt,

Oberbürgermeister der Stadt Essen

Wieder einmal befindet sich Essen in einer Strukturumwandlung von einschneidender Bedeutung. Die größte Kohlestadt des europäischen Kontinents sieht sich, sollte nicht eine schnelle Regelung gefunden werden, einer schweren Krise gegenüber. Seit 1958 sank die Zahl der Bergleute in Essen von 53 000 auf 38 000. Sie wird auf 23 000 schrumpfen, wenn die letzte der erneut zur Stilllegung angemeldeten fünf Zecken die Förderung eingestellt haben wird.

Mit dem Baumarkt kränkelt auch die Stahlindustrie, und vom Bau- markt kommen beunruhigende Nachrichten. Was tun? Wie soll die Wirtschaftskraft einer 3/4-Millionen-Stadt gehalten werden.

Strukturwandel, Neuansiedlung von Betrieben der Wachstumsbran- chen. So lauten die scheinbaren Zauberformeln, schöne, leicht da- hingessagte Vokabeln. Die raue Wirklichkeit ist anders. Schon die vielzitierte Neuansiedlung von Wirtschaftsbetrieben wirft eine Rei- he von unbeantworteten Fragen auf.

Sie soll die Stadt mit dem derzeitig geltenden Gesetz zur Fo- denordnung in den Besitz der Industrieflächen gelangen, die sie interessierten Betrieben anbieten möchte? Sie selbst hat solche Großflächen nicht mehr. Sechzehn Prozent des Essener Grund und Bo- dens befinden sich in Besitz der Zechengesellschaften.

Nun böten sich die Grundstücke, die von Seiter der Kohle nicht mehr genutzt werden können, für die Strukturänderung eigentlich wie von selbst an. Stattdessen gibt es Schwierigkeiten über Schwierigkeiten. Vor allem ist eine gesetzliche Behandlung des viel- schichtigen Fragenkomplexes noch nicht zum Vorschein gekommen.

- * So hängt es von dem Willen der Eigentümer ab, ob und inwie-
- * weit sie mit der Stadt in Verhandlungen über einen etwaigen
- * Verkauf der brachliegenden Zeckenflächen bereit sind. Es
- * wäre höchste Zeit, daß von Bund und Land Maßnahmen ausgehen,
- * um die Gemeinden vor den Lasten des Bergschädenrisikos zu
- * schützen. Zum anderen ist es für die Gemeinde untragbar, ne-
- * ben dem Bergschädenrisiko auch noch die Grundstückspreise und
- * Aufschließungskosten tragen zu müssen.

Das würde eine doppelte Erschwernis bedeuten, und die Gemein- den wären nicht in der Lage, den für die Neuansiedlung so notwen- digen Boden anzubieten. Es liegt auf der Hand, daß unter diesen Umständen der Ablauf der Strukturveränderung und die damit verbunde- ne Neuschaffung von Produktionsstätten von vornherein gehemmt sind.

Es fehlen die Gesetze, die den Gemeinden die Handhabe liefern, nun auch wirklich sinnvolle Strukturverbesserung betreiben zu kön-

nen. Bund und Länder müssen gemeinsam zur Regelung des Bergschäden-
verzichts und zur Aufschließung der Industrieflächen die notwendi-
gen Gesetze schaffen.

- * Wie sollen die Städte an die von den Zechen brachgelegten
- * Grundstücke herankommen, wenn das heutige Bodenordnungsge-
setz lediglich ein Enteignungsverfahren zulässt, demzufolge
- * es fünf Jahre und länger dauern würde, bis einer Gemeinde
- * unter Umständen ein Grundstück zugesprochen wird? In der
- * damit verstreichenden Zeit ist das Bauen wiederum um ca.
- * 20 Prozent teurer geworden - abgesehen von der verlorenen
- * Zeit zur Sicherung der Existenz freigestellter Bergleute.

Nicht einmal zur Sicherung des Wohnrechts in zechen- und
sonstwie betriebseigenen Häusern hat man Vorkehrungen getroffen.
Auch von daher kommt eine schwere Last auf die Gemeinden zu, weil
sie für die Unterbringung von Arbeitskräften bzw. zur Sicherung
des Wohnrechts der bisherigen Bewohner nicht über die Wohnungen
verfügen können.

- * Nichts gegen Maßnahmen zur Dämpfung einer Überkonjunktur!
- * Im Ruhrgebiet, auch in Essen, kann in den hauptsächlich
- * Wirtschaftszweigen nicht einmal von Konjunktur die Rede
- * sein. Im Gegenteil: die Auswirkungen einer nicht mehr voll-
- * beschäftigten Wirtschaft machen sich mehr und mehr bemerk-
- * bar.

Unter den Krisenzeichen die Arbeitnehmer zu halten und kri-
senunempfindliche Betriebe anzusiedeln, müßten sich die Gemein-
den des Ruhrreviers attraktiv machen. Sie müßten gute Wohnungen,
verkehrsgerechte Straßen, ausreichende Schulen, Stätten der Kul-
tur, des Sports und der Freizeit bauen - kurzum: sie müßten die
Infrastruktur der Stadt verbessern.

Für solche Maßnahmen aber werden den notleidenden Gemeinden
an der Ruhr die Mittel aus der Hand geschlagen durch Regierungs-
maßnahmen, die anderswo eine Konjunktur zu kühlen in der Lage
sein mögen, im Ruhrrevier aber fehl am Platze sind. So dürfen auch
die Gemeinden der Ruhr keine Darlehen aufnehmen, deren Effektiv-
zinssatz höher ist als 7,5 Prozent. Da es günstigere Darlehen auf
dem Kapitalmarkt nicht mehr gibt, heißt das praktisch: kein Geld!

Wenn alle Welt sagt, es müßten zur Sicherung der Wirtschafts-
stabilität Einschränkungen vorgenommen werden, so kann das nicht
in dieser Form für das Ruhrgebiet gelten. Wenn nämlich, wie bei
dem Sorgenkind Ruhrgebiet, ein Körper krank geworden ist, dann
kann man seine Gesundheit nur erreichen, indem man ihm mehr Stär-
kungsmittel verabreicht und ihm nicht die Medizin entzieht. Für
die Gemeinden der Ruhr heißt das: Man muß ihnen mehr Geldmittel
zuföhren, wenn man den g a n z e n Wirtschaftsbereich nicht
lähmen will. Bezogen auf die Weiterentwicklung heißt das, den
Gemeinden an der Ruhr muß Hilfe geleistet werden, statt ihnen
durch Einschränkungen und das Fehlen fördernder Gesetze schlechte
Dienste zu erweisen.

Wiedervereinigung nicht durch Aufrüstung

Überraschende Erkenntnisse des Dr. Eugen Gerstenmaier

sp - Wenn bundesrepublikanische Politiker im Ausland Reden halten oder in Pressekonferenzen Erklärungen abgeben, kommt gelegentlich Erstaunliches dabei heraus. So auch bei dem langjährigen Präsidenten des Deutschen Bundestages, Dr. Eugen Gerstenmaier.

Vor dem Auslandspresseklub in London sagte - laut Pressemeldungen - Herr Gerstenmaier,

- * man habe früher die deutsche Wiedervereinigung durch A u f -
- * r ü s t u n g zu erreichen versucht. Das habe sich als Illu-
- * sion erwiesen. Ob dem umgekehrten Rezept - Wiedervereinigung
- * durch Abrüstung - nicht das gleiche Schicksal beschieden sei,
- * stehe jetzt zur Diskussion (FAZ 14. 7. 1966).

Wenn der politische Normalverbraucher in der Bundesrepublik dies liest, wird er sich, falls er aufmerksam gelesen hat, am Kopf kratzen und fragen, wer von den verantwortlichen Politikern in Bonn denn jemals die Illusion gehabt habe, man könne die Wiedervereinigung Deutschlands durch die Aufrüstung erreichen. Außerdem wird er sich fragen, warum denn früher niemals ein verantwortlicher deutscher Politiker in der Bundesrepublik offen erklärt hat, die Aufrüstung sei nicht etwa dazu da, um bei einem eventuellen Überfall aus dem Osten die Freiheit des Westens zu verteidigen zu können, sondern um durch sie, die Aufrüstung, Deutschland wiederzuvereinigen.

Ein ganz spitzfindiger Normalbürger wird vielleicht aber auch hinter vorgehaltener Hand seinen Nachbarn fragen, ob wir denn in den vergangenen Jahren vor Schwachsinnigen regiert worden sind, wenn es stimmt, was Herr Gerstenmaier in London sagte, daß irgend jemand jemals geglaubt habe, die Wiedervereinigung könne durch die Aufrüstung erzwungen werden...

Natürlich hat Herr Gerstenmaier Recht, wenn er sagt, es sei einstweilen strittig, ob man mit dem umgekehrten Rezept, durch Abrüstung, die Wiedervereinigung erreichen werde. Gleichwertige und kontrollierte Abrüstung mindert Spannungen, sie bietet neue Chancen. Ob sie genutzt werden können, hängt nicht zuletzt vom Einfallsreichtum der deutschen Politik ab.

Wie dem auch sei: W i r glauben einfach nicht, daß ein Mann wie Gerstenmaier tatsächlich der Londoner Auslandspresse erzählt hat, man habe früher die deutsche Wiedervereinigung durch Aufrüstung zu erreichen versucht. Sicher handelt es sich hierbei entweder um einen Übersetzungsfehler, oder um "eine der üblichen antideutschen Machenschaften im uns nicht wohlgesinnten Ausland". Im äußersten Fall sind natürlich die Journalisten schuld...

Instinktlos

Der Bundesfinanzminister und die dänische Minderheit

sp - Am 26. September 1949 hat der damalige Ministerpräsident von Schleswig-Holstein und heutige sozialdemokratische Bundestagsabgeordnete Bruno Diekmann vor dem Landtag in Kiel erklärt: "Wir haben hier als Sprecher Gesamtdeutschlands zur Befriedung von grenzpolitischen Fragen, zur Konsolidierung unseres staatspolitischen Aufbaues und zur Herstellung guter Beziehungen zu unserem Nachbarlande eine nicht unwichtige Aufgabe zu erfüllen".

Diekmann leitete damals eine weitsichtige Minderheiten-Politik zwischen der Bundesrepublik und Dänemark ein, die vorbildlich für alle Minderheitenfragen in Europa geworden ist. Das Klima an der Grenze ist inzwischen ohne jegliche nationale Emotionen. Die Beziehungen zwischen Kopenhagen und Bonn sind gutnachbarlich.

Ausgehend von der weitsichtigen Politik Diekmanns wurden später zwischen Bonn und Kopenhagen spezielle Minderheiten-Prokollle festgelegt. Die dänische Regierung unter dem jetzigen sozialdemokratischen Ministerpräsidenten Jens Otto Krag handelt im Geiste seiner Kopenhagener Vorgänger und Bruno Diekmanns. So wurde für die deutsche Minderheit in Dänemark in Kopenhagen ein Kontaktausschuß eingerichtet, nachdem die deutsche Minderheit (nicht ohne gewisse eigene Schuld) ihren bisherigen Folketingsabgeordneten Hans Schmidt-Oxbüll nicht wieder in den dänischen Reichstag gebracht hatte. Der oft tagende Kontaktausschuß für die deutsche Minderheit wohnter zeitweise fünf dänische Minister und Krag selbst bei. Manerfüllte den dringenden Wunsch der deutschen Minderheit, deutsch gesinnten Beamten die Pension wiederzugeben, die man ihnen nach 1945 wegen ihrer Zusammenarbeit mit den deutschen Besatzungstruppen während des Krieges aberkannt hatte. Jens Otto Krag hatte bei der dänischen Bevölkerung ob diesen Schritten keinen leichten Stand. Er war aber bereit, den Kontaktausschuß effektiv arbeiten zu lassen und die Wünsche der deutschen Minderheit zu erfüllen.

Nun ist auch in Bonn ein Minderheitenausschuß für die dani-

sche Minderheit an der dänischen Grenze in Schleswig-Holstein eingerichtet worden. Dieser Kontaktausschuß atmet aber nicht die Toleranz, die man in Kopenhagen praktiziert. Der Ausschuß hat überhaupt nur einmal getagt. Es ließen sich nur Beamte und keine Minister sehen. Das Hauptanliegen der dänischen Minderheit, das ein Problem der Wiedergutmachung ist, wurde bislang überhaupt nicht behandelt. Wenn man die Aktenstücke, die dazu vorliegen, durchliest, kann man durchaus behaupten, es ist ein Skandal, wie Bonn die dänische Minderheit behandelt.

Da liegt auf dem Schreibtischen in Bonn eine an den Bundestagspräsidenten gerichtete Petition. Absender ist das dänische Generalsekretariat in Flensburg. Es geht um das Bundesentschädigungsgesetz, um die Entschädigung für der dänischen Minderheit angehörende Opfer der nationalsozialistischen Verfolgung. Während der Nazi-Zeit wurden Leute, die sich zum Dänentum bekannten, im Dritten Reich drangsaliert. Dazu liegen detaillierte Aktenstücke mit berechtigten Ansprüchen, sogar eine Entschließung der Union der europäischen Volksgruppen an die deutsche Bundesregierung vor. Aber das Bundesfinanzministerium stellte sich am 19. Juni 1963 bereits auf den Standpunkt, daß "eine nachteilige Behandlung einer nationalen Minderheit nicht als typisch nationalsozialistisch angesehen werden kann".

Man muß diesen Satz zweimal lesen. Männer der dänischen Minderheit, die im Dritten Reich verfolgt wurden, wurden also nicht typisch nationalsozialistisch verfolgt. Sie haben also keine Wiedergutmachungsansprüche.

Es wird hohe Zeit, daß der Kontaktausschuß für die dänische Minderheit in Bonn aktiv wird und dem Bundesfinanzministerium sagt, was in dieser Frage politisch rechtens ist. Es sollte dem Bundestag leicht fallen, den geschädigten Männern der dänischen Minderheit Recht zu geben, indem in Bundesentschädigungsgesetz die Bestimmung aufgenommen wird, daß auch jener Wiedergutmachung erhält, der Angehöriger einer der im Deutschen Reich in den Grenzen von 1937 bestehenden nationalen und volkstümmligen Minderheit war.

Pompidou steigt in die Arena

Jetzt schon Wahlstimmung in Frankreich

Von unserer Korrespondenten in Paris, Georg Schuster

Die Nationalversammlung wird erst im Frühling 1967 neu gewählt. Frankreich befindet sich aber jetzt bereits in einer fast hektischen Wahlstimmung. Nach den Vorbereitungen der Opposition hegt die gaullistische Regierungspartei ernste Befürchtungen, sie könnte im nächsten Frühjahr die Mehrheit verlieren. Premierminister Pompidou hat nun eine Gegenoffensive gestartet.

Daß der Regierungschef höchst persönlich jetzt schon in die Wahlarena tritt, ist um so bemerkenswerter, als Pompidou ursprünglich überhaupt kein Politiker und schon gar nicht Mitglied der UNR war, sondern hauptsächlich wegen seiner Qualitäten als Wirtschaftsfachmann von de Gaulle mit der Regierung betraut wurde. Seither hat er sich aber zum Politiker gemauert und dabei Talente entwickelt, die man ursprünglich nicht bei ihm vermutete.

Hauptfeind Lecanuet

Auf einer Parteikonferenz der UNR entwickelte er dieser Tage die gaullistische Wahlstrategie. Sie ist hauptsächlich gegen die kleine christlich-demokratische Zentrumsparterie Jean Lecanuels gerichtet. Die starke Linksoption Mitterrands und selbst die Kommunisten wurden vom gaullistischen Premierminister kaum erwähnt. Schon während der Präsidentschaftswahl im Dezember 1965 richteten die Gaullisten ihre Eifeile hauptsächlich gegen Lecanuet. Diese Tendenz hat sich aber seither noch zugespitzt.

Lecanuet "bedrohe" mit seinen zehn Prozent Wählerstimmen die französische "Demokratie", behauptet Pompidou. Tatsächlich könnte das christlich-demokratische Zentrum in der kommenden Nationalversammlung zum "Zünglein an der Waage" werden, wenn der gaullistisch-konservative Block seine absolute Mehrheit verliert. Lecanuet und seine Freunde könnten dann abwechselnd für oder gegen die Regierung stimmen und beispielsweise gegen den Willen de Gaulles atlantische oder europäische Entschlüsse durchsetzen. Diese Befürchtungen stecken hinter den Wahlschlager des gegenwärtigen Premierministers. Hinzu kommt natürlich, daß Gaullisten und Christdemokraten in einer Reihe von Departements, insbesondere in Ostfrankreich, um die gleichen Wählerschichten werben.

Rivale Giscard d'Estaing

Eine starke Rivalität besteht auch innerhalb des bisherigen Regierungsblocks zwischen Gaullisten und Konservativen (Giscard d'Estaing). Pompidou gab die Parole aus, in jedem Wahlkreis solle nur "ein einziger Kandidat der Fünften Republik" auftreten. Die "Giscardisten" sind mit diesem Vorschlag nicht einverstanden. So wird es wahrscheinlich in einer Reihe von Departements Kraftproben zwischen Gaullisten und Konservativen geben. Pompidou kann sich vorläufig damit trösten, daß es bis jetzt auch den Oppositionsparteien nicht gelungen ist, solide Wahlabkommen zu treffen.